

Udo Hase (KV Krefeld), Melanie Schmidt (KV Krefeld), Dietmar Liebetanz, KV Düsseldorf, Sefika Minte (KV Oberhausen), Edith Bartelmus-Scholich (KV Krefeld), Ingrid Jost (KV Duisburg), Jürgen Aust (KV Duisburg), Falk vom Dorf (KV Neuss), Otto Ersching (KV Märkischer Kreis), Thies Gleiss (KV Köln), Thomas Hovestadt (KV Neuss), Yusuf Karacelik (KV Oberhausen), Joscha Kölsch (KV Recklinghausen), Claus Ludwig (KV Köln), Bastian Reichardt (KV Rhein-Sieg),

### Änderungsantrag zum Antrag „Für einen Neustart in der Partei“

Anstelle des zu streichenden Absatzes:

„Die Antwort auf die Krise wird dabei neben sozialen Verwerfungen auch andere Kämpfe befeuern. So ist schon heute sichtbar, dass im Rahmen der mit der Pandemie einhergehenden Abschottung die Geflüchteten auf den griechischen Inseln zu den ersten gehörten, die die europäischen Regierungen im Stich ließen. Wir stehen daher an der Seite von Bewegungen wie der Seebrücke.

Soll eingefügt werden:

Die Krise der kapitalistischen Hauptländer und damit auch der EU äußert sich auf besonders brutale Weise in der Abschottungspolitik eines zur „Festung Europas“ degenerierten europäischen Gedankens. Deutsche Bundesministerien (Verkehr & Innenminister) be- und verhindern sowohl die private Seenotrettung als auch die von Dutzenden Städten und Gemeinden in NRW verlangte Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien. Die Ereignisse um das Lager „Moria“ verstoßen eklatant gegen die europäische Charta der Menschenrechte. Wir stehen an der Seite der Bundespartei, die sich dafür einsetzt, alle Betroffenen aus Moria nach Deutschland zu holen. Wir verurteilen das Versteckspiel der Bundesregierung und der NRW – Landesregierung hinter einem europäischen Einigungsvorbehalt. Wir sprechen uns mit Bezug auf das Erfurter Programm der LINKEN für eine sofortige Aufnahme der Menschen in Deutschland aus, insbesondere in den Kommunen in NRW, die sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben. Wir unterstützen die Bewegungen „Seebrücke“ und alle Seenotrettungsorganisationen, die sich im Mittelmeer einer Politik der brutalen Unmenschlichkeit entgegenstemmen.

### Begründung:

Die Krisenerscheinungen im Kontext von Flucht und Migration werden von CDU, SPD, FDP und Grünen nur auf der Ebene von persönlichen Statements und ohne jede Verbindung zu den politischen Ursachen kommentiert. In den Parlamenten blockieren die genannten ausnahmslos jede Lösung, die den Menschen helfen kann. Auch in der LINKEN gibt es Tendenzen das Thema Flucht und Migration in einen künstlichen Widerspruch zu sozialpolitischen Positionen zu bringen und damit die internationalistischen Positionen des Erfurter Programms zu verwässern. Die LINKE NRW soll hier als Organisation ein Zeichen der Solidarität setzen, nach Außen, zu den Menschen in den Bewegungen und in die Partei, an die Relativierer:innen der internationalen Solidarität. Internationale Solidarität gehört zum Markenkern der Partei.